

**Änderungsantrag 2**

**Idoia Villanueva Ruiz, João Ferreira, Sandra Pereira, Helmut Scholz**  
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

**Bericht**

**A9-0117/2020**

**Kati Piri, Christophe Hansen**

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

**Vorschlag für eine Empfehlung**

**Ziffer 8 a (neu)**

*Vorschlag für eine Empfehlung*

*Geänderter Text*

**8a. fordert die Zusicherung und die Verpflichtung, dass die Rechte der im Vereinigten Königreich lebenden Bürger der EU-Mitgliedstaaten und der in der EU lebenden Bürgern des Vereinigten Königreichs gewahrt bleiben, und zwar: das Aufenthaltsrecht, das Recht auf Gleichbehandlung, das Recht auf Zugang zu öffentlichen Gesundheits- und Bildungsdiensten, das Recht auf Familienzusammenführung, das Recht auf Mobilität, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen, die Übertragbarkeit von Sozialversicherungsleistungen und das Recht auf gegenseitige Anerkennung von akademischen und beruflichen Qualifikationen; fordert beide Vertragsparteien auf, Mechanismen zur Überwachung von Veränderungen und Schwierigkeiten einzurichten, die bei im Vereinigten Königreich lebenden Bürgern der EU-Mitgliedstaaten und in der EU lebenden Bürgern des Vereinigten Königreichs auftreten können, um Fälle von Rechtsunsicherheit zu ermitteln und Abhilfe zu schaffen;**

Or. en

16.6.2020

A9-0117/3

### **Änderungsantrag 3**

**Idoia Villanueva Ruiz, Helmut Scholz**

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

### **Bericht**

**A9-0117/2020**

**Kati Piri, Christophe Hansen**

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

### **Vorschlag für eine Empfehlung**

**Ziffer 36 a (neu)**

*Vorschlag für eine Empfehlung*

*Geänderter Text*

***36a. fordert die Europäische Union auf, das künftige Handelsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU einer Prüfung hinsichtlich der Gleichstellungsaspekte zu unterziehen; fordert, dass wirksame Klauseln und Sanktionsmechanismen zur Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter und zur Sicherstellung der Rechte und der Stärkung der Rolle von Frauen in diese Abkommen aufgenommen werden; fordert, dass auf der Grundlage der Erklärung und der Aktionsplattform von Peking, der Ziele für nachhaltige Entwicklung, des CEDAW und der grundlegenden IAO-Übereinkommen die Grundsätze international anerkannter Standards, die internationalen Abkommen und die Übereinkommen der Vereinten Nationen – insbesondere das Übereinkommen von Istanbul – und die Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Rechten von Mädchen und Frauen, der Gleichstellung der Geschlechter, dem Gender Mainstreaming und der Stärkung der Rolle von Frauen in diesen Abkommen gefördert werden; fordert die EU und das Vereinigte Königreich auf, die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der EU-Handelspolitik und des künftigen***

AM\1207736DE.docx

PE647.678v01-00

*Abkommens zwischen dem Vereinigten  
Königreich und der EU in die Ex-ante-  
und Ex-post-Folgenabschätzungen  
aufzunehmen und sicherzustellen, dass es  
durch das Handelsabkommen weder zu  
einer Verschärfung von bestehenden  
noch zur Entstehung von neuen  
Ungleichheiten kommt;*

Or. en

**Änderungsantrag 4**

**Idoia Villanueva Ruiz, Helmut Scholz**  
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

**Bericht**

A9-0117/2020

**Kati Piri, Christophe Hansen**

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

**Vorschlag für eine Empfehlung****Ziffer 148***Vorschlag für eine Empfehlung*

148. erinnert daran, dass die EU und das Vereinigte Königreich gemeinsame Grundsätze, Werte und Interessen haben; betont, dass es im beiderseitigen Interesse liegt, eine ambitionierte, enge und lang andauernde Zusammenarbeit unter Achtung der Autonomie der EU in Form eines gemeinsamen Rahmens für die Außen- und Sicherheitspolitik auf der Grundlage von Artikel 21 EUV und unter Berücksichtigung der Charta der Vereinten Nationen **und der NATO** in folgenden Bereichen aufrechtzuerhalten:

- a) Förderung von Frieden;
- b) Verfolgung eines gemeinsamen Ansatzes für gemeinsame **sicherheitspolitische Herausforderungen** und globale Stabilität, einschließlich in der europäischen Nachbarschaft;
- c) Hinwirken auf eine auf Regeln beruhende internationale Ordnung;
- d) Stärkung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit;
- e) Stärkung des Schutzes der Menschenrechte und Grundfreiheiten;

*Geänderter Text*

148. erinnert daran, dass die EU und das Vereinigte Königreich gemeinsame Grundsätze, Werte und Interessen haben; betont, dass es im beiderseitigen Interesse liegt, eine ambitionierte, enge und lang andauernde Zusammenarbeit unter Achtung der Autonomie der EU in Form eines gemeinsamen Rahmens für die Außen- und Sicherheitspolitik auf der Grundlage von Artikel 21 EUV und unter Berücksichtigung der Charta der Vereinten Nationen in folgenden Bereichen aufrechtzuerhalten:

- a) Förderung von **Demokratie und** Frieden;
- b) Verfolgung eines gemeinsamen Ansatzes für gemeinsame **Herausforderungen für die Sicherheit der Menschen** und globale Stabilität, einschließlich in der europäischen Nachbarschaft;
- c) Hinwirken auf eine auf Regeln beruhende internationale Ordnung;
- d) Stärkung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit;
- e) Stärkung des Schutzes der Menschenrechte und

f) Förderung des weltweiten Wohlstands, der nachhaltigen Entwicklung, des Vorgehens gegen den Klimawandel und der Eindämmung des Verlustes an biologischer Vielfalt;

Grundfreiheiten;

f) Förderung des weltweiten Wohlstands, der nachhaltigen Entwicklung, des Vorgehens gegen den Klimawandel und der Eindämmung des Verlustes an biologischer Vielfalt;

**g) *Verwirklichung der intersektionalen Gleichstellung und der Geschlechtergleichstellung sowie des Schutzes der Rechte von Frauen und LGBTQI+-Personen;***

**h) *Abrüstung und Nichtverbreitung;***

Or. en

16.6.2020

A9-0117/5

**Änderungsantrag 5**

**Idoia Villanueva Ruiz, Helmut Scholz**

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

**Bericht**

**A9-0117/2020**

**Kati Piri, Christophe Hansen**

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

**Vorschlag für eine Empfehlung**

**Ziffer 149 a (neu)**

*Vorschlag für eine Empfehlung*

*Geänderter Text*

***149a. erkennt an, dass die Gleichstellung der Geschlechter eine Voraussetzung für den wirksamen Umgang mit Klimaproblemen ist; weist darauf hin, dass im Rahmen des zukünftigen Abkommens zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU eine sinnvolle und gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in den Entscheidungsgremien sowie in der Klimapolitik und im Klimaschutz auf EU-Ebene, nationaler Ebene und lokaler Ebene von entscheidender Bedeutung ist, um die langfristigen Klimaziele zu verwirklichen;***

Or. en

**Änderungsantrag 6**

**Idoia Villanueva Ruiz, Helmut Scholz**  
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

**Bericht**

A9-0117/2020

**Kati Piri, Christophe Hansen**

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

**Vorschlag für eine Empfehlung**  
**Ziffer 152**

*Vorschlag für eine Empfehlung**Geänderter Text*

152. fordert die EU und das Vereinigte Königreich auf, unter anderem durch die Ausarbeitung gemeinsamer Strategien zur Unterstützung der Anstrengungen der Vereinten Nationen im Bereich Friedenssicherung zur Stärkung des internationalen Friedens und der internationalen Stabilität beizutragen; fordert beide Parteien auf, eine Kultur des Friedens und des Dialogs als *Mittel* zur Konfliktprävention, zur Konfliktbewältigung und zur Konfliktlösung sowie der Frauen- und Gleichstellungsrechte zu fördern; unterstützt die Weiterführung der bestehenden Zusammenarbeit in diesen Bereichen; fordert eine systematische präferenzielle Zusammenarbeit bei Einsätzen zur Friedenssicherung; fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich hinsichtlich der demokratischen Entwicklung, Reformprozessen und der Praxis der parlamentarischen Demokratie in Drittländern, unter anderem durch Wahlbeobachtung;

152. fordert die EU und das Vereinigte Königreich auf, unter anderem durch die Ausarbeitung gemeinsamer Strategien zur Unterstützung der Anstrengungen der Vereinten Nationen im Bereich Friedenssicherung zur Stärkung des internationalen Friedens und der internationalen Stabilität beizutragen; fordert beide Parteien auf, eine Kultur des Friedens und des Dialogs als *Priorität und wichtigste Strategie* zur Konfliktprävention, zur Konfliktbewältigung und zur Konfliktlösung sowie der Frauen- und Gleichstellungsrechte zu fördern; unterstützt die Weiterführung der bestehenden Zusammenarbeit in diesen Bereichen; fordert eine systematische präferenzielle Zusammenarbeit bei Einsätzen zur Friedenssicherung; **fordert die EU und das Vereinigte Königreich auf, bei der friedlichen Beilegung großer Konflikte der heutigen Welt eine aktive Rolle zu spielen und in vollständigem Einklang mit der Resolution 1325 der Vereinten Nationen für einen internationalen Mechanismus zur Konfliktlösung durch Dialog einzutreten; betont, dass eine politische und finanzielle Unterstützung auf der Grundlage einer konstruktiven Mediation sowie die**

*friedliche und demokratische Lösung von Konflikten gefördert werden sollten; ist der Auffassung, dass niemals Missionen gestartet werden sollten, die im Widerspruch zum internationalen Recht stehen und für die keine demokratische Zustimmung erteilt worden ist; vertritt die Auffassung, dass in den nationalen Parlamenten Anhörungen zur Finanzierung von und zur Teilnahme an internationalen und europäischen Operationen durchgeführt werden sollten, wobei stets das internationale Recht einzuhalten und die Genehmigung der Vereinten Nationen einzuholen ist; fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich hinsichtlich der demokratischen Entwicklung, Reformprozessen und der Praxis der parlamentarischen Demokratie in Drittländern, unter anderem durch Wahlbeobachtung;*

Or. en



16.6.2020

A9-0117/7

**Änderungsantrag 7**

**Idoia Villanueva Ruiz, Helmut Scholz**

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

**Bericht**

**A9-0117/2020**

**Kati Piri, Christophe Hansen**

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

**Vorschlag für eine Empfehlung**

**Ziffer 153**

*Vorschlag für eine Empfehlung*

*Geänderter Text*

***153. stellt fest, dass die EU ein starkes Interesse an einer derartigen Partnerschaft in den Bereichen Außenpolitik und Sicherheit hat, angesichts der beidseitigen Vorteile, die sich aus dem ständigen Sitz des Vereinigten Königreichs und Frankreichs im Sicherheitsrat, dem leistungsfähigen diplomatischen Dienst Großbritanniens und der EU-Mitglieder und der Tatsache ergeben, dass das Vereinigte Königreich die stärksten Streitkräfte in Europa hat;***

***entfällt***

Or. en

16.6.2020

A9-0117/8

### **Änderungsantrag 8**

**Idoia Villanueva Ruiz, Helmut Scholz**

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

### **Bericht**

**A9-0117/2020**

**Kati Piri, Christophe Hansen**

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023 (INI))

### **Vorschlag für eine Empfehlung**

**Ziffer 156**

*Vorschlag für eine Empfehlung*

*Geänderter Text*

***156. betont, dass es im gegenseitigen Interesse der EU und des Vereinigten Königreichs schon wegen ihrer geografischen Nähe liegt, bei der Entwicklung wirksamer und wirklich interoperabler Verteidigungsfähigkeiten, auch im Rahmen der Europäischen Verteidigungsagentur, für die eine Verwaltungsvereinbarung geschlossen werden sollte, zusammenzuarbeiten und die äußerst wertvollen Partnerschaften im Rahmen der Programme der NATO und der EU im Bereich Verteidigung und äußere Sicherheit, Galileo, der Programme für Cybersicherheit und der Bekämpfung gezielter Desinformationskampagnen und Cyberangriffe fortzuführen, wie sich in der derzeitigen COVID-19-Pandemie gezeigt hat; weist darauf hin, dass hinsichtlich der Teilnahme am öffentlichen regulierten Dienst von Galileo ein spezielles Abkommen möglich und erforderlich ist; stellt fest, dass das Vereinigte Königreich, was den künftigen Europäischen Verteidigungsfonds anbelangt, gemäß den für Drittländer festgelegten Bedingungen assoziiert werden könnte; fordert die EU und das Vereinigte Königreich auf, einen gemeinsamen Ansatz zur***

***entfällt***

AM\1207736DE.docx

PE647.678v01-00

*Standardisierung in der Wehrtechnik  
auszuarbeiten;*

Or. en

16.6.2020

A9-0117/9

### **Änderungsantrag 9**

**Idoia Villanueva Ruiz, Helmut Scholz**

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

### **Bericht**

**A9-0117/2020**

**Kati Piri, Christophe Hansen**

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

### **Vorschlag für eine Empfehlung**

**Ziffer 158**

*Vorschlag für eine Empfehlung*

*Geänderter Text*

**158. erinnert daran, dass im Vereinigten Königreich derzeit eine Reihe restriktiver Maßnahmen (Sanktionsregelungen) nach EU-Recht in Kraft sind; stellt fest, dass Sanktionen ein wirksames und im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen stehendes Mittel sind, um Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern; betont, dass das Vereinigte Königreich nach seinem Austritt weiterhin verpflichtet sein wird, die Sanktionsregelungen der Vereinten Nationen anzuwenden, und fordert das Vereinigte Königreich auf, seine Sanktionspolitik weiterhin mit der EU abzugleichen; fordert die Einrichtung eines geeigneten Koordinierungsmechanismus für Sanktionen zwischen beiden Parteien sowie eine enge Zusammenarbeit in globalen Foren im Hinblick auf Sanktionen, um deren Wirkung zu maximieren und für Konvergenz zu sorgen und um zu gewährleisten, dass die beiderseitigen Interessen bei der Förderung gemeinsamer Werte verfolgt und befriedigt werden;**

**entfällt**

Or. en

AM\1207736DE.docx

PE647.678v01-00

16.6.2020

A9-0117/10

**Änderungsantrag 10**  
**Idoia Villanueva Ruiz, Helmut Scholz**  
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

**Bericht**  
**Kati Piri, Christophe Hansen**

**A9-0117/2020**

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

**Vorschlag für eine Empfehlung**  
**Ziffer 158 a (neu)**

*Vorschlag für eine Empfehlung*

*Geänderter Text*

***158a. betont, wie wichtig weltweite Gerechtigkeit und Solidarität sind; fordert die EU und das Vereinigte Königreich auf, die Sanktionen und Wirtschaftsblockaden gegen Drittländer unverzüglich zu beenden, um diese Länder in ihren Bemühungen zur Unterstützung ihrer Bevölkerung und zur Bewältigung der Gesundheits- und Wirtschaftskrise aufgrund der COVID-19-Pandemie zu unterstützen;***

Or. en

16.6.2020

A9-0117/11

## **Änderungsantrag 11**

**Idoia Villanueva Ruiz, Helmut Scholz**

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

### **Bericht**

**A9-0117/2020**

**Kati Piri, Christophe Hansen**

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

### **Vorschlag für eine Empfehlung**

**Ziffer 159**

*Vorschlag für eine Empfehlung*

*Geänderter Text*

**159. legt dem Vereinigten Königreich nahe, in den einschlägigen EU-Einrichtungen auf Einladung an Krisenbewältigungsoperationen der EU und an GSVP-Missionen und Operationen teilzunehmen und dabei eine wichtige Rolle zu übernehmen, einschließlich humanitärer Missionen und Rettungsmissionen, Konfliktprävention und Friedenssicherung, militärischer Beratung und Unterstützung und Stabilisierung nach Konflikten, sowie sich an Projekten im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) zu beteiligen, und betont, dass eine derartige Beteiligung strengen Bedingungen unterliegen sollte, um die Wahrung der Beschlussfassungsautonomie der EU sowie der Souveränität des Vereinigten Königreichs und den Grundsatz der Ausgewogenheit von Rechten und Pflichten sicherzustellen, und dass die Beteiligung auf der Grundlage wirksamer Gegenseitigkeit erfolgen muss; fordert die Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst auf, das Europäische Parlament regelmäßig bezüglich des politischen Dialogs mit dem Vereinigten Königreich sowie über die wichtigsten Aspekte des Informationsaustauschs in**

**entfällt**

AM\1207736DE.docx

PE647.678v01-00

*den Bereichen GSVP und  
Krisenmanagement zu unterrichten;*

Or. en